

Die Mehrheit nutzen statt die Macht auszunutzen: Ungarns Konservative erlangen Zweidrittelmehrheit im Parlament

Schuch, Gereon

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schuch, G. (2010). *Die Mehrheit nutzen statt die Macht auszunutzen: Ungarns Konservative erlangen Zweidrittelmehrheit im Parlament*. (DGAP-Standpunkt, 4). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217415>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Mehrheit nutzen statt die Macht auszunutzen

Ungarns Konservative erlangen Zweidrittelmehrheit im Parlament

Gereon Schuch

Ungarns konservative Opposition hat bei den Parlamentswahlen zwei Drittel der Mandate gewonnen. Die bisher regierenden Sozialisten erlebten eine desaströse Niederlage. Große mediale Aufmerksamkeit galt den Rechtsextremen, die drittstärkste Kraft wurden. Zwar konnten sie viele Protestwähler gewinnen, Wahlsieger sind jedoch die Konservativen, deren künftige Regierung sogar über eine verfassungsändernde Mehrheit verfügt. Dem neuen Ministerpräsidenten Viktor Orbán eröffnen sich dadurch Möglichkeiten zur Bewältigung der politischen, wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Krise des Landes. Doch sollte Orbán die Machtfülle in erster Linie zur Festigung seiner Führungsposition instrumentalisieren, werden die innenpolitischen Grabenkämpfe fort dauern – und er wird die Macht in vier Jahren wieder verlieren.

Ein deutliches Zeichen des verantwortungsvollen Umgangs mit der Mehrheitsmacht wäre Orbáns Unterstützung einer erneuten Kandidatur des amtierenden Staatspräsidenten László Sólyom bei der anstehenden Neuwahl des Staatsoberhauptes. Als einer der Väter der Nachwendeverfassung genießt Sólyom internationale Anerkennung. Orbán kann mit seiner Zweidrittelmehrheit jeden Wunsch kandidaten durchbringen, doch die Installation einer willfährigen Marionette im höchsten Amte des Staates würde das Ansehen der neuen Regierung beschädigen.

Überwältigender Sieg der Konservativen – Absturz der bisher regierenden Sozialisten

Bei den Parlamentswahlen in Ungarn am 11. und 25. April hat die nationalkonservative Partei Fidesz in Listenverbindung mit den Christdemokraten 263 der insgesamt 386 Mandate gewonnen. Die zukünftige Regierung besitzt mit 68% der Parlamentssitze sogar fünf Stimmen mehr, als für die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit nötig sind. Die bisher regierenden Sozialisten erlebten eine desaströse Niederlage und fielen mit 59 Abgeordneten auf 15% der Mandate zurück. Die größte Aufmerksamkeit – insbesondere in den ausländischen Medien – fand der Erfolg der extremen Rechten »Jobbik« (die Besseren / die Rechten) mit

47 Sitzen, das entspricht 12% der Abgeordneten. Die oftmals als »Grüne« bezeichneten Partei LMP (Lehet más a politika: Politik kann anders sein) erzielte 4% der Sitze und stellt zukünftig 16 Parlamentarier. Die Wahlbeteiligung betrug 64%.

Absehbares und erklärbares Wahlergebnis

Nüchtern betrachtet ist das Abschneiden der einzelnen Parteien erklärbar und nicht überraschend. Es wurde demoskopisch auch annähernd so vorhergesagt und spiegelt die gegenwärtigen Stimmungen im Lande wider. Ungarn ist seit Jahren von Grabenkämpfen zwischen zwei politischen Lagern zerrissen, die sich um die

beiden großen Parteien, den konservativen Fidesz und die Sozialisten, gebildet haben. Es etablierte sich eine populistische politische Kultur, die nicht die Lösung der anstehenden Probleme, sondern die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in den Mittelpunkt stellte. Eine pseudoideologische Polarisierung teilt das Land in Nationalisten und Kommunisten. In dieser Atmosphäre ständiger Konfrontation wurde der politische Kompromiss als Niederlage verstanden. Zahlreiche Korruptionsskandale haben die Glaubwürdigkeit der politischen Elite ruiniert. Im Herbst 2006 wurde eine geheime Rede des damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány bekannt. Darin gestand er ein, im zurückliegenden siegreichen Wahlkampf bewusst über die Wirtschaftslage des Landes gelogen zu haben. Daraufhin beherrschten monatelange Massendemonstrationen das Budapester Straßenbild.

Wirtschaftspolitisch kämpft Ungarn seit Jahren mit einem Haushaltsdefizit, das 2006 völlig aus dem Ruder lief. Die Ergebnisse eines radikalen Sparkurses – der bei weiten Teilen der Bevölkerung für großen Unmut gesorgt hatte – wurden schließlich von der internationalen Wirtschaftskrise zunichte gemacht. 2008 stand Ungarn fast am Rande des Staatsbankrotts. Nur ein internationaler Notkredit von IWF, Weltbank und EU verhinderte die Zahlungsunfähigkeit. Viele Bürger sind von der Bilanz achtjähriger sozialistischer Regierung enttäuscht und haben die Partei dafür abgestraft. Der durch Korruptionsskandale und Richtungskämpfe abgewirtschaftete langjährige liberale Koalitionspartner der Sozialisten schaffte nicht einmal mehr den Einzug ins Parlament.

Vertrauensverlust in die Demokratie fördert den Aufstieg der Rechtsradikalen

Dies führte zu großen Gewinnen für die konservative Opposition, die vor der Wahl versprochen hatte, alles anders und besser zu machen. Doch auch die rechts-extreme Partei Jobbik konnte viele Wähler für sich gewinnen. Mit nationalistischen Parolen, populistischen Angriffen auf das politische Establishment und radikalen Vorschlägen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes profilierte sie sich

als Protestpartei gegen das bestehende politische und gesellschaftliche System, in das viele Ungarn das Vertrauen verloren haben. Nach einer Umfrage vom Oktober 2009 bewerteten nur 28% der Ungarn den demokratischen Transformationsprozess der vergangenen zwei Jahrzehnte als erfolgreich. Zwei Drittel der befragten Ungarn, 66%, halten den Aufbau der Demokratie in Ungarn für gescheitert. Beim Vergleich der Vorwendezeit mit der Gegenwart waren nur 28% der Ungarn der Ansicht, die Gegenwart habe mehr Vorteile, 15% sahen keinen Unterschied und genau die Hälfte, also 50% der Befragten sahen in der Gegenwart mehr Nachteile.

Gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen im Osten des Landes hat Jobbik große Erfolge erzielt. Die Lösung der wirtschaftlichen und daraus hervorgehenden sozialen Probleme dieser Regionen ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der zukünftigen Regierung. Ist Fidesz hier erfolgreich, wird die Unterstützung von Jobbik deutlich abnehmen.

Große Mehrheit für umfangreiche Reformen

Die verfassungsändernde Mehrheit für Fidesz ist dennoch ein außergewöhnliches Wahlergebnis, und die Erwartungen der Wähler sind immens. Die zukünftige Regierung muss die gegenwärtig große Unterstützung in der Bevölkerung und die große Parlamentsmehrheit jetzt auch wirklich nutzen und umfangreiche Reformen umsetzen: Wahlgeschenke sind nicht finanzierbar, vielmehr muss die wirtschaftliche Konsolidierung fortgesetzt werden. Im Gesundheits- und Bildungssektor sind Reformen überfällig. Außerdem ist der kostenintensive und aufgeblähte Staats- und Verwaltungsapparat unverhältnismäßig und sollte reduziert werden, beispielsweise durch eine Verkleinerung des Parlaments und eine Gebiets- und Verwaltungsreform. Aus der Opposition konnte Fidesz die Sozialisten leicht kritisieren, ohne dabei den Beweis der eigenen Kompetenz antreten zu müssen. Auch die Zeit der Wahlkampfversprüche ist nun vorbei. Jetzt muss Orbán zeigen, was er wirklich kann. Ausbleibende eigene Erfolge können nicht dauerhaft auf das schwere Erbe der Vorgängerregierung geschoben werden.

Innenpolitische Polarisierung überwinden

Es wäre der falsche Weg, die verfassungsändernde Mehrheit zuerst zum Ausbau der eigenen Macht zu instrumentalisieren und eine medienwirksame politische Inquisition gegen Funktionäre der sozialistischen Vorgängerregierung in Gang zu setzen. Die Aufklärung von Korruption ist Aufgabe der Justiz. Die gegenwärtige große gesellschaftliche Unterstützung sollte der neue Regierungschef dazu nutzen, mit der Etablierung einer Volkspartei der rechten Mitte die destruktive Polarisierung des Landes zu überwinden und das Vertrauen der Bürger in die Politik zurück zu gewinnen. Dies wäre auch das effektivste Mittel gegen Extremismus. Sollte Orbán die Polarisierung des Landes weiter befeuern und ausbleibende wirtschaftspolitische Erfolge mit rechtspopulistischer Radikalisierung kompensieren, wird ihn dies in vier Jahren wieder das Amt kosten. Mit einer Ausnahme wurde in Ungarn seit 1990 alle vier Jahre die Regierung abgewählt. 2002 verlor auch Orbán nach einer Regierungsperiode schon einmal die Macht. Damals fand die gesellschaftliche Polarisierung im Wahlkampf einen Höhepunkt, doch Orbáns nationalpopulistischer Führungsstil brachte ihm letztlich mehr Ablehnung als Zustimmung ein. Aus diesen Erfahrungen wird er gelernt haben. Seither haben sich auch die Rahmenbedingungen geändert. Mittlerweile ist Ungarn Mitglied der Europäischen Union, das Land muss damit auch international mehr Verantwortung übernehmen. Schon bald wird die neue Regierung diese beweisen müssen, denn in der ersten Jahreshälfte 2011 übernimmt Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft. Diese Gelegenheit sollte Orbán nutzen, um europäischen Geist und internationale Führungskraft zu demonstrieren – dem ramponierten Ansehen seines Landes würde dies gut tun.

Zeichen verantwortungsvoller Machtausübung

Schon in den kommenden Monaten kann Orbán demonstrieren, wie weit er mit seiner Macht gehen will: Bei der im Sommer anstehenden Neuwahl des Staatsoberhauptes sollte Orbán den bisherigen Amtsinhaber László Sólyom unterstützen. Der Präsident wird vom Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt. Orbán könnte also jeden Wunschkandidaten durchsetzen.

Die Installation einer Fidesz-gefügigen Marionette an der Spitze des Staates würde das Ansehen der neuen Regierung jedoch beschädigen. Sólyom genießt als einer der Väter der ungarischen Nachwendeverfassung und erster Präsident des neu geschaffenen Verfassungsgerichts internationale Anerkennung. Im Lande ist er der beliebteste Politiker. Seine Person ist jedoch umstritten, da er sein Amt nicht nur repräsentativ versteht und sich immer wieder in die Tagespolitik eingemischt hat. 2006 sprach er nach dem Bekanntwerden einer geheimen Rede des damaligen Ministerpräsident Gyurcsány, worin dieser Wahlbetrug zugegeben hatte, von einer »moralischen Krise« des Landes. Nach dem Rücktritt Gyurcsánys 2009 forderte der Staatspräsident öffentlich Neuwahlen. Mit seiner Amtsführung wurde er für viele Bürger zu einer respektierten überparteilichen Autorität.

Sólyom gilt als gemäßigt konservativ und hat den Wahlsieg Orbáns öffentlich begrüßt. Dieser weiß jedoch, dass ein Präsident Sólyom sich auch gegen Fidesz stellen und die Rolle des Verteidigers der freiheitlichen Grundrechte einnehmen würde – sollte er sie bedroht sehen. Unlängst ermahnte der Staatspräsident den zukünftigen Ministerpräsidenten bereits zum verantwortungsvollen Umgang mit der Macht. Viktor Orbán kann mit seiner Unterstützung für Sólyom ein deutliches Signal senden, dass er keinen Umbau der Verfassung zugunsten der Machtfülle der Regierung anstrebt. Ein Wechsel an der Spitze des Staates und die Wahl eines willfährigen Fidesz-Gefolgsmanns wäre ein bedenkliches Signal nach innen wie nach außen: Unabhängige Autoritäten sind nicht mehr erwünscht.



Dr. Gereon Schuch
<schuch@dgap.org>